

BAYERN
LANDTAGS
FRAKTION

SPD

20. Ausgabe, September 2016

Abgeordneten-Brief

Volkmar Halbleib, MdL

Für Mainfranken im Bayerischen Landtag



Themen:

Denkmal-Tour	Seite 2
Kulturempfang	Seite 3
Betriebsbesuche	Seite 4
Rückgang der Dorferneuerungsmittel in Unterfranken	Seite 6
Niedrige Förderung für Direktvermarkter in der Region	Seite 7
Rückzug des Freistaates bei Unterstützung unterfränkischer Kommunalwälder	Seite 8
Bau der Deutschen Fastnachtsakademie	Seite 9
Besuch im Landtag	Seite 10
Rumäniens Premier in München	Seite 11
Söder und Apple	Seite 11
Familien wollen G9	Seite 12
„Grundschulabitur“ in Bayern ist verfassungswidrig	Seite 13
Termine	Seite 15

Liebe Leserinnen und Leser,

die 20. Auflage meines Abgeordnetenbriefs erreicht Sie und Euch in einem neuen Layout. Nach sieben Jahren wurde es einmal Zeit für ein neues Gesicht und etwas mehr Farbe in meinem regelmäßigen Update. Auf den nachfolgenden Seiten informiere ich Sie und Euch über die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit.

Trotz der politischen Sommerpause gibt es über die letzten Monate einiges zu berichten. Bald nimmt der Landtag wieder seine Arbeit auf, außerdem starten auch viele Schülerinnen und Schüler in ein neues Schuljahr. Einige von ihnen auch in ihr erstes. Dabei wünsche ich allen viel Erfolg und Freude.

Der bevorstehende Herbst bringt aber auch Herausforderungen für die Politik mit sich. In Bayern stehen die Beratungen über den Doppelhaushalt bevor. Dabei wollen wir natürlich das Beste für Arbeitnehmer und Familien, aber auch für Flüchtlinge herausholen. Die Integration tausender Menschen mag nicht einfach sein, aber populistische Parolen werden die Probleme auch nicht lösen. Deshalb setzen wir auf eine nachhaltige Sozialpolitik, um ein friedliches Miteinander zu gewährleisten.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen meines Abgeordnetenbriefs.

Ihr und Euer

Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für den Stimmkreis Würzburg Land,
Betreuungsabgeordneter für den Stimmkreis Kitzingen

Bürgerbüro
Sammelstraße 46R
97070 Würzburg

Bürozeiten: Mo - Fr von 10 – 16 Uhr
E-Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de
Telefon: 0931 59384
Fax: 0931 53030
Internet: www.volkmar-halbleib.de
Facebook: www.facebook.com/HalbleibVolkmar

Denkmal-Tour machte Station in Ochsenfurt, Mainbernheim, Estenfeld und Rieden

Zu einer Denkmal-Tour hatte ich meine Landtagskollegin Helga Schmitt-Bussinger, sie ist Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, und Landtagskollegen Reinhold Strobl, er ist Mitglied im Landesdenkmalrat, eingeladen. Erste Station war **Ochsenfurt**. Bürgermeister Peter Juks informierte uns über die Anliegen der Stadt Ochsenfurt im Bereich Sanierung und Denkmalschutz. Im Rahmen eines Rundgangs durch die Stadt besichtigten wir das ehemalige Spital und die Kreuzkirche. In



Im Ochsenfurter Rathaus mit Bürgermeister Peter Juks (ganz rechts)

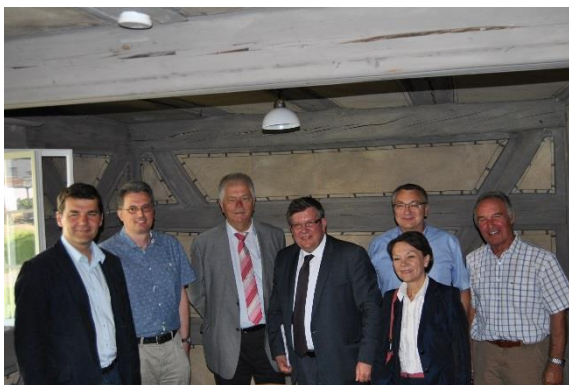
Mainbernheim machte Bürgermeister Kraus deutlich, dass der Gemeinde die leerstehenden Häuser in der Innenstadt Sorgen bereiten. Judith Sandmeier vom Landesamt für Denkmalpflege stellte das Projekt Albergo Diffuso vor. Ein Konzept aus Norditalien, nach dem leerstehende Häuser denkmalgerecht saniert und zu Ferienwohnungen umgebaut werden sollen. Mainbernheim plane ähnliches. Mit einem auf Mainbernheim angepassten Konzept hofft der Bürgermeister zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Der Leerstand fiele weg und das historische Stadtbild könnte bewahrt werden. Das Problem sei allerdings, dass es zu wenig

finanzielle Förderung gebe. Ich machte deutlich, dass es deshalb gelte bei den Fördertöpfen, insbesondere im Städtebau, nach zu justieren.

In **Estenfeld** besichtigten wir die Kartause. Dieses Areal wurde kürzlich von der Gemeinde komplett erworben. Es geht nun um die Frage der künftigen Nutzung der Kartause als Gemeindezentrum, erklärte Bürgermeisterin Rosalinde Schraud im Beisein weiterer kommunaler Vertreter deutlich. Allerdings sind die Herausforderungen bei der Sanierung immens. Ich wies darauf hin, dass Estenfeld erst mit einem konkreten Konzept in die weitere Planung einsteigen kann. Denn auch erst dann kann die Landespolitik die verschiedenen Fördermöglichkeiten ausloten. SPD-Ortsvereinsvorsitzender Joachim Sadler erklärte, dass es gelte eine gemeinsame Vision für die Kartause zu entwickeln. Dieser Aufgabe widmet sich auch der Freundeskreis zum Erhalt der Kartause.



(v.li.) Schmitt-Bussinger, Bürgermeister Juks, Strobl und Halbleib



Im Trausaal des historischen Rathauses in Rieden mit Bürgermeister Bernd Schraud (ganz links)

Letzte Station der Tour war **Rieden**. Nach einer Führung durch das historische Rathaus unter Leitung von Bürgermeister Bernd Schraud, ging es thematisch um die Situation der Bodendenkmäler in Unterfranken. Peter Römert, der ehrenamtliche Regionalbeauftragte des Landesamtes für Denkmalpflege stand uns für Ausführungen zum Thema zur Verfügung. Insgesamt zeigte unsere Denkmal-Tour abermals, dass deutlich mehr Mittel für die Sanierung historischer Bausubstanz bereitgestellt werden müssen. Einiges ist passiert, vor allem im Bereich

der Erhöhung der Städtebauförderungsmittel, der Denkmalpflege selbst fehlen auf Grund von Sparmaßnahmen weiterhin die nötigen Ressourcen, um selbst mehr für gute Projekte tun zu können. Wir haben viele wertvolle Informationen mitgenommen, die wir in die politische Arbeit im Landtag einfließen lassen.

Kulturempfang in Kürnach

Auf meine Einladung hin sprach Helga Schmitt-Bussinger, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, auf dem Kulturempfang der SPD-Landtagsfraktion in Kürnach. Gäste waren ehrenamtlich Engagierte aus verschiedenen Bereichen im Landkreis Würzburg. Wir wollten allen danken, die die kulturelle Vielfalt in unserer Region bereichern. Die Würdigung des Engagements und der Austausch mit den Menschen vor Ort sollten an diesem Abend im Mittelpunkt stehen.



Auf dem Empfang gab es die Möglichkeit zum Austausch

„Den Kulturauftrag der Bayerischen Verfassung ernst nehmen“ war der Titel der Rede von Helga Schmitt-Bussinger. Sie selbst aus Mittelfranken kommend, wisse um die Bandbreite der Arbeit in ganz Bayern. Es sei daher wichtig, nicht nur große Zentren zu fördern, sondern auch kleinere Vereine und Einrichtungen auf dem Land. „Kunst und Kultur gehören zu den menschlichen Grundbedürfnissen und sind insofern ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge“ so die Schwabacherin. Landesweit müsse ein kulturelles Angebot für alle geschaffen und gefördert werden. Die Aufgabe des Landtages sei es, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Als eine Möglichkeit der Förderung wurde auf den Bayerischen Kulturfonds hingewiesen. Antragsberechtigt sind nichtstaatliche Träger von Investitionen und Projekten. Anschubfinanzierungen und einmalige Projekt seien förderfähig und können sich um die Unterstützung durch den Freistaat bewerben. Vor allem Unter- und Mittelfranken ruft Schmitt-Bussinger zu vermehrten Anträgen auf, da es ein Ungleichgewicht zu anderen Bezirken gebe.

Lob fand die Abgeordnete für die Kürnacher Kulturwerkstatt, die mit einem breiten Angebot von Musik, Theater und Literatur vorbildlich sei. Auch im Bereich der Jugendarbeit werde hier viel geleistet. Kulturelle Bildung sei wichtig für Kinder und Jugendliche. Neben dem Auftrag der Schulen in Musik- und Kunstunterricht diese zu fördern, sei das Engagement in der Freizeit wünschenswert. Eine verstärkte finanzielle Ausstattung für Sing- und Musikschulen müsse dazu auch erfolgen. Jährlich kämen Eltern und Kommunen jeweils für 60 Millionen Euro Kosten auf. Der Freistaat hingegen steuere nur 13 Millionen bei. „Unterricht darf nicht zum Luxusgut werden, sondern muss für alle Eltern bezahlbar sein“ so Schmitt-Bussinger. Die SPD-Landtagsfraktion fordere daher eine Drittelung der Kosten für Eltern, Kommunen und dem Land Bayern.

In der anschließenden Diskussion brachten die Gäste unter anderem bürokratische Hürden für Kulturtreibende bei Veranstaltungen, zum Beispiel durch Auflagen der GEMA oder der Künstlersozialversicherung zur Sprache. Hier wünschten sich die Künstler eine Entlastung. Ein weiteres organisatorisches Problem stellt mancherorts die Suche nach geeigneten Proberäumen. Vielen Dank an Brässlbandl für die musikalische Umrahmung. Es freut mich, solche Talente hier in der Region zu haben.

Zu Besuch bei Blumquadrat, Fritsch und im Innopark Kitzingen

Immer höchst spannend und anregend sind meine Betriebsbesuche. Dieses Mal war ich im Landkreis und in der Stadt Kitzingen unterwegs, stets begleitet von interessierten Genossinnen und Genossen aus der Region. Diesmal waren dabei Astrid Glos und Elvira Kahnt aus Kitzingen, Othmar Röhner aus Mainstockheim und stellvertretender Landrat Robert Finster.



Auf dem Gelände von Blumquadrat mit Markus Blum (rechts)

Bei der Firma **Blumquadrat** informierte uns Inhaber Markus Blum, der die Projektentwicklung über die Umgestaltung der ehemaligen Harvey Barracks zu einem großen Gewerbe- und Industriepark innehat, über das Riesenprojekt. Fast alle großen Hallen seien verkauft oder vermietet, man denke über Neubauten nach. Firmen wie Fritsch oder Schaeffler siedeln sich an. Blum kämpft derzeit um eine Bahnverbindung und will die Strecke zwischen Etwashausen bis Schweinfurt von der Deutschen Bahn

kaufen. Dies wäre ein wichtiger Standortfaktor. Was das Team von Blumquadrat in Kitzingen geschaffen hat, beeindruckte uns sehr. Auf die weitere Entwicklung darf man sehr gespannt sein. Kitzingen, davon bin ich überzeugt, wird ein attraktiver Standort für Unternehmen bleiben.

Aktivitäten vor Ort

Zu dieser Aussage animiert mich auch der **INNOPARK Kitzingen**, den wir anschließend besuchten. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2012 hat sich auf dem Areal der ehemaligen Larson-Kaserne viel getan. Auf über 120.000 qm Netto-Geschossfläche siedelten sich zahlreiche Unternehmen an. Michael Klos, der Leiter des Innoparks, erläuterte uns die die Entwicklung der letzten Jahre und stellte uns Projekte der Zukunft vor. In Kitzingen gelänge es, neben der Bereitstellung von Flächen, den Standort mit Zusatzangeboten

wie schnellem Internet oder günstigem Strom attraktiv zu gestalten. Derzeit seien im Innopark 550 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Im 2014 entstandenen Gründerzentrum seien zwölf Unternehmen aktiv. Es ist wirklich beachtenswert, was Klos und seine Kollegen auf dieser Kitzinger Konversionsfläche geschaffen haben.



Michael Klos (Mitte) präsentierte den INNOPARK Kitzingen



In der Werkshalle von Fritsch erklärte Teigtechnologie Ralf Künzer die Maschinen zur Herstellung von Backwaren

Markt Einersheim ist der Stammsitz der **Fritsch GmbH**. Der innovative Backmaschinenhersteller ist weltweit aktiv und sehr innovativ. Über 560 Menschen arbeiten für Fritsch, die Firma bietet gute und sichere Arbeitsplätze und bildet jedes Jahr 15 junge Menschen in den verschiedensten Berufen aus. Nach einer Führung durch das Technologiezentrum stellten Geschäftsführer Helmut Hirner und Miteigentümerin und Prokuristin Anna-Maria Fritsch das Unternehmen und seine internationalen Aktivitäten genauer vor.

Politische Themen waren unter anderem Ceta und TTIP. Hirner machte deutlich, dass hohe Zollschranken für das Unternehmen eine Belastung darstellen. Das Thema Erbschaftssteuer wurde kritisch diskutiert. Ein Thema war auch die Suche nach Fachkräften: Diese zu finden gestalten sich zunehmend schwieriger.

Drastischer Rückgang der Dorferneuerungsmittel in Unterfranken – Schreiben an Söder und Brunner: „Förderlücke endlich schließen!“

Schon seit gut einem Jahr wird es für das Amt für ländliche Entwicklung in Würzburg finanziell richtig eng. Notwendige und eigentlich bereits zugesagte Mittel für unterfränkische Dorferneuerungsmaßnahmen stehen nicht mehr zur Verfügung. An der Situation hat sich nichts geändert, wie eine von mir gestellte Nachfrage ergab. Noch immer bekommt das Amt deutlich mehr kommunale Anforderungen eingereicht als es bedienen kann. In den letzten fünf Jahren sind die jährlichen Dorferneuerungsmittel für Unterfranken von 11,1 Millionen Euro im Jahr 2011 auf nur noch 6,8 Millionen im Jahr 2015 drastisch zurückgegangen. Und das bei steigendem Bedarf, denn derzeit sind über 140 unterfränkische Orte im Dorferneuerungsverfahren.



Wie hier in Dettelbach fehlt vielerorts in Unterfranken Geld

Viele Gemeinden klagen darüber, dass die Mittel hinten und vorne nicht ausreichen. Viele notwendige Maßnahmen liegen deshalb auf Eis. Dabei reden wir doch alle in der Politik davon, den Kommunen im ländlichen Raum zu helfen, damit sie weiterhin attraktive Lebens- und Wohnräume bleiben können. Deshalb ist es dringend erforderlich, das in den Gemeinden vorhandene Engagement zu fördern. Ich habe deshalb Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder und Landwirtschaftsminister Helmut Brunner aufgefordert, die schmerzliche Förderlücke in Unterfranken endlich zu schließen und die notwendigen Dorferneuerungsmittel im Staatshaushalt endlich bereitzustellen. Die Beratungen zum anstehenden Doppelhaushalt 2017/2018 müssen jetzt genutzt werden, um die Dorferneuerungsmittel wieder auf den Stand von 2011 anzuheben. Damit würden 4,3 Millionen Euro jährlich mehr für Gemeinden und ihre Projekte zur Verfügung stehen.

Das ist auch deshalb überfällig, weil es bekannt ist, dass jeder Euro des Staates für Dorferneuerungs- und Städtebauprojekte etwa 8 Euro kommunale und private Investitionen anstößt, so dass allein über die Mehrwertsteuereinnahmen die Förderung wieder hereinkommt. Besonders Finanzminister Söder steht jetzt in der Pflicht. Er ist zwar offiziell Heimatminister, aber als Finanzminister hat er in den letzten Jahren leider viel zu wenig für die Finanzierung der klassischen Heimatprojekte in der Dorferneuerung getan.

Niedrige Förderung für Direktvermarkter in der Region – „Landkreise Würzburg und Kitzingen gehen komplett leer aus!“

Wie viele Direktvermarkter gibt es in Bayern und Unterfranken und wie werden diese durch die Staatsregierung unterstützt? Das wollte die SPD-Landtagsfraktion vom Landwirtschaftsministerium wissen. Doch die Antwort der Staatsregierung auf die SPD-Anfrage macht deutlich, dass ein genauerer Kenntnisstand über Anzahl, Verteilung und Art Direktvermarktungs-Betriebe fehlt. Lediglich die Höhe der staatlichen Förderung ist bekannt. So wurden in den Jahren 2010 bis 2016 knapp 2.536.000 € an Fördergeldern für ganz Bayern vergeben. Davon entfielen auf den gesamten Regierungsbezirk Unterfranken 484.582 Euro.



Die Direktvermarkter in Würzburg und Kitzingen gehen leer aus

Mir ist nicht nur die geringe Gesamtfördersumme für die unterfränkischen Direktvermarkter von durchschnittlich nicht einmal 80.000 Euro pro Jahr aufgefallen. Erschrocken bin ich vor allem darüber, dass einige unterfränkische Landkreise, darunter die Landkreise Würzburg und Kitzingen, komplett leer ausgingen. Es kann nicht sein, dass in diesen klassisch von der Landwirtschaft geprägten Landkreisen überhaupt keine Förderung für Direktvermarkter erfolgt. Das muss sich dringend ändern. Die Richtlinien müssen angepasst werden, damit

mehr landwirtschaftlichen Betriebe auf die Fördermittel zugreifen können. So könnten die Vorgaben bei der Direktvermarktung überprüft und erleichtert werden. Helfen würde dabei eine umgehende Erfassung der regionalen Direktvermarkter und damit entsprechende Förderungspotenziale. Darüber hinaus sollte ein ausreichendes Bewusstsein für lokalen Konsum geschaffen werden, damit die Vermarktung vor Ort mehr Andrang findet. Hier geht es nicht um eine romantische Idylle, sondern ganz konkret um die Wertschöpfung im ländlichen Raum!

Drohender Rückzug des Freistaates bei Unterstützung unterfränkischer Kommunalwälder!



Ich befürchte, dass die Bayerische Staatsregierung die bisherige Unterstützung für die unterfränkischen Kommunalwälder in Frage stellt. Aktueller Anlass hierfür ist ein Schreiben von Bayerns Forstminister Helmut Brunner vom 8. August 2016 an unterfränkische Bürgermeister. Darin heißt es: „Wegen reduzierter Personalkapazitäten und zusätzlicher Aufgaben ist jedoch ein Rückgang des staatlichen Betreuungsangebotes durch die Bayerische Forstverwaltung notwendig.“ Damit ziehe sich der Staat entgegen dem zwischen Freistaat und Kommunen geschlossenen Pakt zumindest teilweise aus dem System der staatlichen Unterstützung für die 128.000 Hektar Kommunalwälder in Unterfranken zurück. Zwar solle der Ausstieg zeitlich gestreckt werden und auch zunächst nur bestimmte Waldbestände treffen. Aber damit verabschiedet sich der Staat schleichweise aus der Fürsorge für die kommunalen Wälder.

Hintergrund der aktuellen Ankündigung Brunners ist der massive Personalabbau in der bayerischen Forstverwaltung in den letzten Jahren. Das wird nun auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen. Auch das ist ein Resultat der fehlenden politischen Unterstützung im Bayerischen Landtag. Seit vielen Jahren haben wir mit der SPD-Fraktion Haushaltsanträge zur Stärkung des Personals im Forstbereich gestellt, die leider von der CSU-Mehrheit immer abgelehnt worden sind. Man ist drauf und dran ein bewährtes System für die kommunalen Wälder aufs Spiel zu setzen. Dabei wird angesichts des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf den heimischen Wald die fachkundige Unterstützung durch fachkundige staatliche Förster auch immer wichtiger. Ich hoffe, dass sich die geplanten Änderungen in letzter Minute verhindern lassen – durch kommunalen Protest und das Aufwachen der CSU-Mandatsträger.

Die unterfränkische SPD steht jedenfalls an der Seite der Kommunen. Im Landtag werde ich dafür kämpfen, dass bei den anstehenden Beratungen des Doppelhaushalts 2017/2018 der Personalabbau in der Forstverwaltung gestoppt und neue Mitarbeiter im Forstbereich eingestellt werden, damit die staatliche Beförderung der Kommunalwälder insbesondere in Unterfranken erhalten werden kann.

Bau der Deutschen Fastnachtsakademie in Kitzingen

Der Fastnachtsverband Franken e.V. plant in Kitzingen die deutsche Fastnachtsakademie zu errichten. Der Bau soll in Kooperation mit dem deutschen Fastnachtmuseum, das sich in direkter räumlicher Nähe befindet, erfolgen. Dem Fastnachtsverband Franken e.V. war es möglich, die beiden direkt ans Fastnachtmuseum angrenzenden, bebauten Grundstücke zu erwerben. Eines davon steht unter Denkmalschutz und soll erhalten bleiben, das andere soll abgerissen werden.

Mit der Akademie verfolgt der Fastnachtsverband mehrere Ziele. Im Wesentlichen geht es um den Aufbau eines Zentrums für Schulung, Beratung und Forschung. Darüber hinaus soll eine Professionalisierung der Weiterbildung für Fastnachtsvereine erreicht werden und auch die Brauchberatung im Sinne der Brauchtumpflege soll im Vordergrund stehen.

Der Präsident des Fastnachtsverbandes Franken e.V., Bernhard Schlereth, hat in Zusammenarbeit mit Planern ein Konzept entwickelt, einen Finanzierungsplan erstellt und bereits genehmigte Bauvoranfragen bei der Stadt Kitzingen eingeholt. Auch Fördermöglichkeiten durch verschiedene Fördergeber sind zum Teil schon geprüft. Die Gesamtkosten belaufen sich nach derzeitigem Planungsstand auf eine Gesamtsumme von 4.266.150 Euro.

Der Fastnachtsverband Franken e.V. wird, so weiß ich von Präsident Schlereth, der mir das Konzept vorgestellt hat, auch bei der



Die fünfte Jahreszeit ist meine liebste

Bayerischen Landesstiftung einen Antrag auf Förderung von Baumaßnahmen bei nichtstaatlichen Museen bzw. Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bei Bau- und Kunstdenkmälern stellen. Einen Antrag, den ich als hiesiger Abgeordneter und als Stiftungsrat gerne unterstützen will. Ich weiß aus langjähriger Anschauung, welche wichtige Arbeit der Fastnachtsverband in der Erziehung junger Menschen und in der Brauchtumpflege leistet, insofern kann ich dieses Projekt aus voller Überzeugung unterstützen.

Die Sing- und Spielgemeinschaft Ochsenfurt kam nach München

Die Sing- und Spielgemeinschaft Ochsenfurt folgte meiner Einladung in den Bayerischen Landtag. Nach einer Besichtigung des NS-Dokumentationszentrums hatten die Ochsenfurterinnen und Ochsenfurter die Gelegenheit, die Dinglichkeitsdebatte über die Folgen des Brexit auf der Zuschauertribüne miterleben. Die Spannung und die Bedeutung des Themas, die die Abgeordneten dem Austritt Großbritanniens aus der EU beimaßen, waren für die Gäste bis hinauf auf die Zuschauertribüne deutlich zu spüren.



Die Gruppe im Foyer des Bayerischen Landtages

Im Anschluss hatten die Gäste Gelegenheit mir Fragen zu meiner Arbeit zu stellen. Ob Rentenerhöhung, Brexit oder Mindestlohn: Die Fragen betrafen die verschiedensten Politikbereiche und meine Arbeit als örtlicher Abgeordneter wie als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. In der Opposition zu sein ist wie Billard spielen. Die Regierung kann ihre Kugeln direkt verwandeln, wir müssen hin und wieder über Bande spielen und hoffen, dass die Kugel im Loch verschwindet. Ähnlich ist es mit unseren Anträgen, die zwar zunächst abgelehnt werden, aber nach einiger Zeit wieder auftauchen. Nur diesmal mit der Staatsregierung als Antragssteller. Aber im Ergebnis ist das ein Erfolg der Oppositionsarbeit.

Die Besuchergruppe der Sing- und Spielgemeinschaft Ochsenfurt zeigte sich beeindruckt von den Parlamentsabläufen und vom geschilderten Arbeitspensum der Abgeordneten sowie der vielfältigen Aufgabenstellungen. Als Abgeordneter nimmt man immer mindestens drei verschiedene Aufgaben wahr. Zuerst ist man natürlich für die Region zuständig, also bei mir Unterfranken, die Region Würzburg und Ochsenfurt im Besonderen. Dann hat man den Auftrag sozialdemokratische Politik umzusetzen. Aber ich bin auch immer Fachpolitiker und beurteile die anstehenden Entscheidungen aus der Sicht des Haushalts- und Finanzexperten für ganz Bayern. Die Sängergruppe, so abschließend die Einschätzung, hatte großen Spaß im Bayerischen Landtag und blickt nun auf einen spannenden und interessanten Tag zurück.

Rumäniens Premierminister Dacian Cioloș zu Besuch im Bayerischen Landtag



© Bildarchiv Bayerischer Landtag

Anlässlich seines Aufenthaltes in Bayern besuchte der rumänische Premierminister Dacian Cioloș am 5. September den Bayerischen Landtag. Die Landtagspräsidentin Barbara Stamm und ich begrüßten den Premierminister Cioloș. Der Gast aus Rumänien trug sich in das Ehrenbuch des Landtags ein. Außerdem fand ein Gespräch mit der Landtagspräsidentin und Vertretern aller Fraktionen statt.

Söder will Apple Milliarden an Steuergeldern schenken

Die Weigerung von Bayerns Finanzminister Söder, Steuergelder in Milliardenhöhe vom US-Technologiekonzern Apple einzutreiben, stößt bei der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auf völliges Unverständnis. Die EU-Kommission hatte entschieden, dass Apple in Europa Steuern in Höhe von 13 Milliarden Euro nachzahlen muss. Söder bezeichnet diese Summe in der „Süddeutschen Zeitung“ als „überzogen“ und warnt vor einem „Handelskrieg“ mit den USA. Die dortige Regierung befürchtet, dass sie selbst weniger Steuern einnehmen wird, falls Apple künftig Steuern in Europa zahlen muss. Die deutsche Apple-Zentrale sitzt in München, wodurch Bayerns Finanzministerium für den Fall zuständig ist.

Es geht hier um Fairness. Diese Milliardengeschenke versteht kein Bürger, der bei uns brav seine Steuern zahlt. In Sonntagsreden verspricht Söder mehr Steuergerechtigkeit, und wenn es dann ernst wird und ein Großkonzern bei Steuertricksereien erwischt wird, dann schlägt er sich auf die Seite der Konzerne. Herr Söder ist dem bayerischen Steuerzahler und einer ordentlichen Steuerpolitik verpflichtet. Daran müssen wir ihn offenbar erinnern. Statt um den Hersteller seines Smartphones sollte sich der Heimatminister lieber um die Sorgen und Nöte der Menschen in Bayern kümmern.

Familien in Bayern wollen 9-stufiges Gymnasium



G9 wäre vielen Eltern lieber

Schon länger habe ich eine klare Entscheidung für das neunjährige Gymnasium gefordert. Nun hat das bayerische Kabinett entschieden eine Mischvariante einzuführen, über die nur Wenige glücklich sind. Deshalb darf das letzte Wort zur Zukunft des bayerischen Gymnasiums noch nicht gesprochen sein. Nach der deutlichen Kritik der letzten Tage von Verbänden und Experten an der Kabinettsentscheidung sehe ich auch noch Chancen auf eine klare Entscheidung für ein 9-stufiges Gymnasium in Bayern.

Das angestrebte Systemdurcheinander am Gymnasium schafft viele Probleme. Der Parallelbetrieb von G8, G9 und Mischvariante stellt Schulen und Kommunen vor viele ungelöste Fragen. In diesem System werden am Ende limitierende Machbarkeitsfaktoren ausschlaggebend sein und nicht pädagogische Chancen, das ist nicht gut. Die Familien, die Schulen selbst und die Kommunen könnten mit einer klaren Entscheidung für das Gymnasium G9 am besten leben.

Bestätigt wird diese Position auch durch eine repräsentative Umfrage des Münchner Umfrageinstituts RIM im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion. Demnach erreicht das achtstufige Gymnasium (G8) in Bayern nur

äußerst geringe Akzeptanz (7 Prozent). 37 Prozent der bayerischen Bevölkerung bevorzugen hingegen das neunstufige Gymnasium (G9), und nur 21 Prozent finden die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 am besten. Unter Befragten mit Abitur findet das Modell des G9 mit 55 Prozent mit Abstand den höchsten Anklang.

Rechtsgutachten: „Grundschulabitur“ in Bayern ist verfassungswidrig

Das sogenannte „Grundschulabitur“ in Bayern, also die verbindliche Übertrittsempfehlung fürs Gymnasium oder die Realschule aufgrund eines Notendurchschnitts aus drei Fächern, ist einem Rechtsgutachten zufolge verfassungswidrig. Der Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Bildungsrecht und Bildungsforschung an der Ruhr Universität Bochum, Prof. Dr. Wolfram Cremer, stellt fest, dass diese Praxis an bayerischen Schulen gegen die Grundrechte der Eltern in der Bayerischen Verfassung (Art. 126 Abs. 1) und im Grundgesetz (Art. 6 Abs. 2 S. 1) verstößt. „Die Entscheidung über den Bildungsweg des Kindes liegt eindeutig bei den Eltern“, betont Cremer und beruft sich dabei auf das Bundesverfassungsgericht.

Die SPD-Landtagsfraktion will das Grundschulabitur, das ausschließlich auf den Noten der Kinder in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Heimat- und Sachunterricht in der 4. Klasse beruht, deshalb abschaffen. Das Grundschulabitur sorgt für unfassbaren Stress in den Familien. Das Ergebnis lautet: Lernen in ständiger Angst statt Freude am Unterricht. Zudem zeigen wissenschaftliche Studien, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien bei gleichen Testleistungen eine deutlich geringere Chance haben, eine Empfehlung fürs Gymnasium zu erhalten, als Kinder aus bildungsnahen, sozial starken Familien. Das bestätigt auch der renommierte Bildungs- und Verfassungsrechtler Cremer. Er berichtet in dem von der SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen Gutachten davon, dass Lehrkräfte in Gesprächen immer wieder einräumen, dass sie potentiellen Auseinandersetzungen mit ehrgeizigeren Eltern über eine bevorstehende Übergangsempfehlung dadurch ausweichen, dass sie im Vorhinein den jeweiligen Kindern einfach bessere Noten geben.



Unter den Übertrittsempfehlungen leiden vor allem Kinder aus sozial schwächeren Familien

Nach Einschätzung Cremers ist auch die bestehende Möglichkeit, Kinder in den dreitägigen Probeunterricht am Gymnasium beziehungsweise an der Realschule zu schicken, wenn sie den geforderten Notenschnitt nicht erreicht haben, kein Argument für das Grundschulabitur. In der Regel schaffen über die Hälfte der Kinder diesen Probeunterricht, obwohl ihre Grundschulnoten eigentlich zu schlecht für das Gymnasium waren. Das zeigt, wie wenig diese Noten wert sind. Und auch hier gibt es wieder soziale Ungerechtigkeiten, da nur

wenige Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten überhaupt den Probeunterricht versuchen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb schon seit Jahren, an die Stelle der verbindlichen Übertrittsempfehlung eine unverbindliche Grundschulempfehlung verbunden mit einer professionellen Beratung, gegebenenfalls auch durch die weiterführenden Schulen, einzuführen, damit die Eltern schlussendlich eigenverantwortlich über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder entscheiden können. Die Grundschule hat einen pädagogischen Auftrag, keinen Sortierauftrag. Die Lernfreude muss im Vordergrund stehen und nicht der Notenstress. Im Übrigen ist die Verteilung auf verschiedene Bildungswege im Alter von neun oder zehn Jahren ohnehin viel zu früh. Besser ist es, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen, etwa bis zur 10. Klasse wie in den Gemeinschaftsschulen. Dann hätten wir das Übertrittsproblem nicht.



Unsere Verfassung. Unser Auftrag.

Die Bayerische Verfassung feiert in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen. Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg ganz wesentlich zur Festigung der Demokratie im zweiten Freistaat Bayern beigetragen - und geht zurück auf den bayerischen Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner.

Hoegner, Landtags- und Reichstagsabgeordneter zur Zeit der Weimarer Republik, floh 1933 vor den Nationalsozialisten zunächst nach Österreich, dann weiter in die Schweiz. Aus seinem Exil kehrte er im Juni 1945 nach München zurück. Im Koffer hatte er Texte aus den Jahren 1939/40, in denen er in insgesamt 134 Artikeln die Errichtung eines bayerischen Staates im Rahmen eines föderalistischen Systems skizzierte - den beeindruckenden Vorentwurf der bayerischen Nachkriegs-Verfassung, dessen Grundzüge sich durchgesetzt und bewährt haben und bis heute Auftrag an unsere Politik sind.

Verfassungsfest: 70 Jahre Bayerische Verfassung

27.09.2016, 19:00 Uhr | Bayerischer Landtag | Maximilianeum, München

Termine

25.09.2016 – 11:00 Uhr – Bürgerspital Würzburg	Frauenfrühstück zur Gleichstellung in Bayern mit Simone Strohmayer, MdL Für Frauen aus Gesellschaft und Wirtschaft Anmeldungen bitte an das Bürgerbüro
26.09.2016 – 19:00 Uhr - Hofgarten-Kabarett, Aschaffenburg	Unterfränkischer Kultur- und Medienempfang mit Prof. Peter Weibel Anmeldungen bitte an das Büro von Martina Fehlner
26.09.2016 – 19:30 Uhr – AWO-Hort an der Eichendorffschule Veitshöchheim	Gelebte Diskussion gibt es nicht zum Nulltarif – Möglichkeiten, Chancen und Stolpersteine Veranstaltung des AWO-Horts
10.10.2016 – 18:00 Uhr – Bacchuskeller Veitshöchheim	Kinderbetreuung ist mehr wert! ErzieherInnen-Empfang mit Doris Rauscher, MdL Anmeldungen bitte an das Bürgerbüro
21.10.2016 – 12 bis 17 Uhr – Lkr. Würzburg u. Kitzingen	Betriebsbesuche bei den Unternehmen Belectric, Opitec und Handy Games
21.10.2016 – 18:00 Uhr – Bayerischer Hof Kitzingen	Wirtschaftsdialog mit Annette Karl, MdL Schwerpunkt liegt auf der regionalen Wirtschaft Anmeldungen bitte an das Bürgerbüro
28.10.2016 – 19:00 Uhr - Kulturspeicher Würzburg	Mehr Wohnungen für unsere Region mit Florian Pronold Veranstaltung von Georg Rosenthal, MdL Anmeldungen bitte an das Büro Rosenthal



Zwiebelkirchweih in Würzburg

Wie jedes Jahr am 24. August trafen die Wallfahrerinnen und Wallfahrer auch heuer wieder nach fünf Tagen in der Würzburger Semmelstraße ein. Zu ihren Ehren wurde ein Straßenfest - die Zwiebelkirchweih - veranstaltet, an dem sich auch die WürzburgSPD beteiligte. Bei Bratwurst, Wein und Zwiebelkuchen konnten sich die Wallfahrenden nach der langen Reise stärken. Im Innenhof der SPD-Geschäftsstelle gab es auch dieses Jahr wieder die Möglichkeit, sich mit Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der SPD auszutauschen.



(v.li.) Volkmar Halbleib, SPD-Vorsitzender Muchtar Al Ghusain, Stadträtin Laura Wallner, Fraktionsvorsitzender Alexander Kolbow, Juso-Landesvorstand Hannah Fischer und Stadtrat Heinrich Jüstel



Mein Team:

Martin Bielawski, Organisation

Eberhard Götz, Wiss. Mitarbeit

Sebastian Klein und Michael Reitmair, Öffentlichkeitsarbeit

Herausgeber: Volkmar Halbleib, MdL